



Der Bürgermeister der Gemeinde Polling

Offener Brief an die Öffentlichkeit und die Presse

Polling, 21. Mai 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinderatssitzung vom 17. April 2025 stellt aus meiner Sicht einen Wendepunkt dar. Nicht nur, weil der Ton und Umgang an jenem Abend demokratische Mindeststandards unterschritten haben, sondern weil sich in bedrückender Deutlichkeit zeigte: Der Gemeinderat – oder Teile davon – verweigert in weiten Teilen systematisch die Zusammenarbeit. Die demokratisch verfasste Gremienarbeit ist in weiten Bereichen blockiert – mit Folgen, die mittlerweile den funktionalen Kern kommunaler Selbstverwaltung gefährden.

Seit Monaten erleben wir eine Entwicklung, in der nicht nur Inhalte, sondern zunehmend auch Verfahren, Protokolle und Grundstrukturen des Ratsbetriebs infrage gestellt werden. Niederschriften werden reflexhaft bestritten, auch wenn sie objektiv belegt und im Einklang mit der Geschäftsordnung erstellt sind. Abstimmungen werden nachträglich umgedeutet oder ignoriert, selbst wenn sie rechtswirksam zustande kamen. Regelungen der Bayerischen Gemeindeordnung werden durch eigene, rechtlich nicht haltbare Auffassungen ersetzt, als gäbe es kein geltendes Kommunalrecht.

Diese Haltung ist nicht bloß kritisches Hinterfragen – sie ist organisierte Verweigerung. Es entsteht der Eindruck, dass einzelne Mitglieder nur dann bereit sind, sich an demokratisch legitimierten Entscheidungen zu beteiligen, wenn das Ergebnis ihren persönlichen Vorstellungen entspricht. Das widerspricht dem Wesen kollegialer Gemeindearbeit ebenso wie den Pflichten aus dem kommunalen Ehrenamt (Art. 30 GO). Demokratie bedeutet Aushandlung – nicht Durchsetzung eigener Weltbilder mit destruktiven Mitteln.

Um diesem destruktiven Zustand konstruktiv zu begegnen, habe ich als Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft eine externe, unabhängige Mediation beauftragt. Mit Dr. Hans-Jürgen Busse, einem der renommiertesten Kommunaljuristen Bayerns und langjährigen Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetags, wurde eine Persönlichkeit gewonnen, die politisch wie juristisch höchste Anerkennung genießt. Ziel war es, Gesprächsfähigkeit wiederherzustellen, strukturelle Konfliktursachen aufzuarbeiten und tragfähige Formen des Miteinanders zu finden.

Doch die Reaktion spricht für sich: Nur drei Mitglieder der UWG-Fraktion erklärten sich zur Teilnahme bereit. Der Rest des Gemeinderats ignorierte sämtliche Einladungen – trotz dreifacher Erinnerung. Nicht einmal eine Rückmeldung zur Verfügbarkeit wurde abgegeben. Das ist kein terminliches Versehen, sondern eine bewusste politische Entscheidung gegen Vermittlung und gegen Gemeinwohlverantwortung.

Besonders bemerkenswert ist dabei die Doppelmoral: Im vergangenen Jahr forderten dieselben Personen, allen voran Herr Gemeinderat Stefan Mooshuber, eine Mediation, um mich – in einer klar parteipolitisch motivierten Aktion – zum Rücktritt zu drängen. Diese Mediation war intransparent, autoritär angelegt und juristisch inakzeptabel: geheim gehaltener Ort, kurzfristige Mitteilung, Ausschluss juristischer Begleitung, vorgesehen war der Landrat als vermeint-

lich „neutraler“ Moderator. Als ich erklärte, mich einem solchen Verfahren nicht ohne rechtliche Unterstützung stellen zu können, wurde die Aussprache einseitig abgesagt.

Heute wird – bei einem rechtlich einwandfrei vorbereiteten und professionell begleiteten Mediationsangebot – mit demonstrativer Nichtteilnahme reagiert. Diese selektive Kooperationsbereitschaft entlarvt sich selbst.

Unterdessen verschärft sich die Situation in der Verwaltung. Beschäftigte berichten von fortgesetzten verbalen Herabwürdigungen, persönlichen Angriffen und politisch motiviertem Misstrauen durch einzelne Mandatsträger. Es wird auf der Arbeit der Verwaltung regelrecht „herumgetrampelt“. Die Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verlangt ein entschiedenes Einschreiten – und ich werde diesem Auftrag mit aller Konsequenz nachkommen.

Die destruktive Verweigerungshaltung innerhalb des Gemeinderats beschädigt nicht nur die Verwaltung, sie lähmt die Gemeinde und untergräbt das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Handlungsfähigkeit ihrer demokratisch gewählten Gremien.

Ich appelliere mit allem Nachdruck an die verbliebenen verantwortungsbewussten Kräfte in diesem Gremium: Setzen Sie der Blockadepolitik ein Ende. Kehren Sie zurück zu einer respektvollen, rechtskonformen und gemeinwohlorientierten Gremienarbeit.

Ich versichere den Bürgerinnen und Bürgern: Ich werde nicht weichen. Ich werde weiter für den Schutz der Beschäftigten, die Wiederherstellung funktionierender Gemeindearbeit und die Bewahrung demokratischer Grundprinzipien eintreten. Die Eskalation vom 17. April darf sich niemals wiederholen. Es ist Zeit für rechtliche Klarheit, politische Reife und persönliche Verantwortung.

Lorenz Kronberger

Erster Bürgermeister

Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Polling